



Kanzlerin Merkel, Euro-Gruppen-Chef Juncker

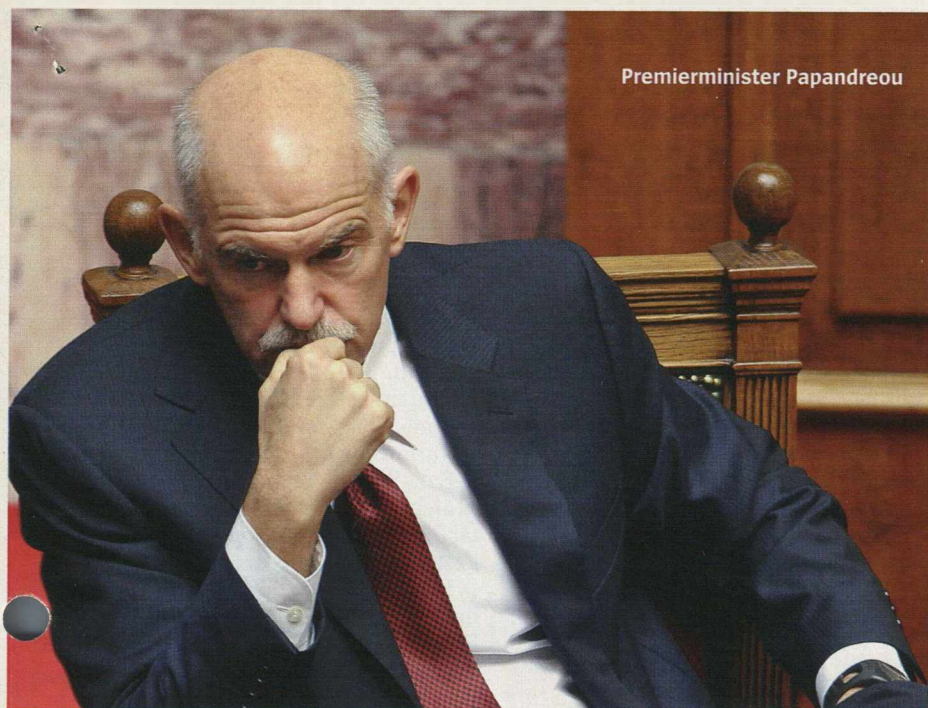
FRANÇOIS LENOIR / REUTERS

25

WÄHRUNGEN

Viel Geld für nichts

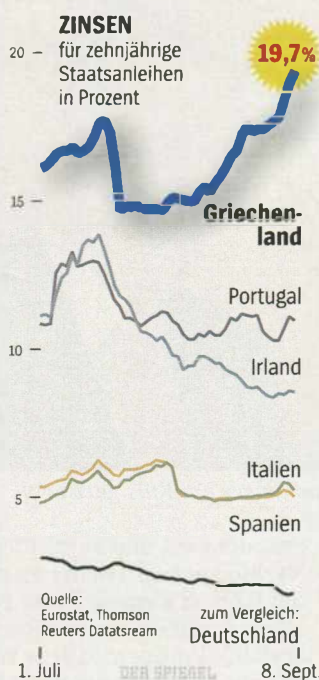
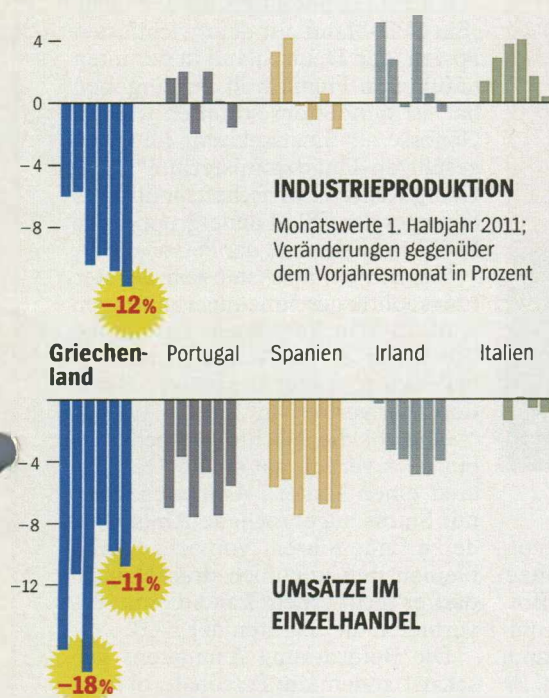
Die Euro-Retter verlieren die Geduld mit Griechenland. Finanzminister Schäuble zweifelt daran, dass Athen vor einer Pleite bewahrt werden kann. Seine Experten spielen unterschiedliche Krisenszenarien durch, einen griechischen Ausstieg aus der Währungsunion inklusive.



Premierminister Papandreou

YORGOS KARALIS / REUTERS

Vor dem Ruin Griechische Wirtschaft im Vergleich zu anderen europäischen Krisenländern



Herman Van Rompuy ist ein einflussreicher Mann in Europa. Als EU-Ratspräsident steht er der Versammlung der Staats- und Regierungschefs vor, bald soll er zudem als oberster Repräsentant der Euro-Zone wirken.

Er ist der Mister Euro, und als solcher genießt er großes Ansehen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hält große Stücke auf den unscheinbaren Belgier, der hinter bescheidenem Auftreten einen Hang zu Härte und Effizienz verbirgt.

Ein Kollege Merkels bekam den eigenwilligen Charme des Mannes am vergan-

genen Montag zu spüren. Da nahm sich Van Rompuy den griechischen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou am Telefon vor. Die Vertreter der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die sogenannte Troika, hatten das krisengeschüttelte Land ein paar Tage zuvor unter Protest verlassen, weil die griechische Regierung ein ums andere Mal die Absprachen unterlaufen hatte.

Es gebe da ein Problem, eröffnete Van Rompuy das Gespräch. Wenn Griechenland nicht liefere, dann komme die nächs-

te Tranche nicht. Papandreou verstand sofort: Die Europäer stehen kurz davor, seinem Land den Geldhahn zuzudrehen.

Der Ärger über die Hellenen ist groß. „Wir können nicht zufrieden sein mit den neuesten Meldungen aus Griechenland“, schimpfte Kanzlerin Merkel in der vergangenen Woche. „Die Troika-Mission muss fortgesetzt werden und zu einem positiven Abschluss gebracht werden“, sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Selbst Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker, der nicht zur Panikmacher neigt, nahm am Telefon Griechenlands Premierminister ins Gebet. „Die Dinge in Griechenland bewegen sich nicht im richtigen Tempo“, gab er später zu Protokoll. „Es gibt keine Resultate.“

Die Verschärfung in Text und Ton ist keineswegs nur Show. Die Rettungs-Europäer verlieren die Geduld mit den Griechen. Nach 18 Monaten Krise ist immer noch keine Besserung in Sicht. Wichtige Kennziffern verschlechtern sich, und der Eindruck wächst, dass die griechische Regierung den Ernst der Lage noch immer nicht begriffen hat.

In den Hauptstädten und bei der EU-Kommission keimt der Verdacht, dass die Anstrengungen der letzten anderthalb Jahre vergeblich waren. 110 Milliarden Euro stellte die Partnerländer für Griechenland zu Verfügung, in Kürze soll der Betrag noch einmal aufgestockt werden. Nun macht sich die Erkenntnis breit: Es war viel Geld für nichts.

Besonders tief sitzt die Enttäuschung in Berlin, wo die Krisenpolitik offenkundig im Kreis verlaufen ist. Am Anfang stand das Wort der Kanzlerin, dass sich die Griechen gefälligst selbst aus der Krise helfen sollten. Dann folgten das erste und das zweite Hilfspaket, und es galt die Maxime: „Wir retten Griechenland, damit die anderen Schuldenländer verschont werden.“

Nun ist der Ausgangspunkt wieder erreicht, und es überwiegt die Angst vor dem endlosen Schrecken in Athen. „Das Maß ist voll“, sagt ein ranghoher Regierungsbeamter. Die Geduld mit den Griechen sei erschöpft. Mit einer Mischung aus Resignation und Fatalismus schicken sich Merkel und Schäuble ins Unvermeidliche – und denken das bisher Undenkbare: Griechenland geht pleite, nicht einmal ein Ausstieg des Landes aus der Währungsunion ist ausgeschlossen.

Die Planspiele für den Tag X sind längst angelaufen, in den Referaten des Berliner Finanzministeriums genauso wie in den Arbeitsgruppen des Brüsseler EU-Apparats. Ein Bankrott des Landes, so hoffen Schäubles Beamte, sei beherrschbar, wenn Europas Politiker die Nerven behalten und die Rettungsschirme wie geplant aufgestockt werden.

Es geht um ein Signal, gerichtet nicht nur an die europäischen Partnerländer,

Peinlicher Verlust

Der Rücktritt von Jürgen Stark düpiert Kanzlerin Merkel und EZB-Präsident Trichet.

Kurz nach seinem Rücktritt als Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB) machte Jürgen Stark weiter, als wäre nichts geschehen: Er führte eine Besuchergruppe durch den Euro-Tower in Frankfurt.

In ihrer offiziellen Mitteilung gab die EZB „persönliche Gründe“ für den Schritt an. Für einen Vollblut-Zentralbanker ist Persönliches stets auch fachlich. Es war bekannt, dass Stark schon länger am Kurs der EZB und

Schon bei der ersten Aufkaufaktion im Frühjahr 2010 stimmte Stark dagegen, vor einigen Wochen, als die EZB wieder kaufte, erneut. Stark fürchtet, die Maßnahme unterhöhle die Stabilität des Euro. Schlimmer noch, die Notenbank gebe ihre Unabhängigkeit auf und stelle sich in den Dienst der Politik. Das widerspricht der Bundesbank-Tradition, die Stark in seiner Zeit als deren Vizepräsident verinnerlichte.

Aus den gleichen Gründen gab Axel Weber sein Amt als Bundesbank-

der Fahne, weil er den Kurs in der Euro-Rettung, der von Merkels Regierung geprägt wird, nicht mehr mittragen will.

Zudem ist die Koalition nicht eben gesegnet mit Talenten, die sich komplikationslos nach Frankfurt schicken ließen. So kamen Merkel und Schäuble nicht umhin, mit Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen einen Sozialdemokraten zu nominieren.

In den Reihen der Unionsfraktion dürfte die Wahl gleichermaßen für Empörung wie Erleichterung sorgen; Empörung, weil wieder ein wichtiger Posten an einen SPD-Mann geht, Erleichterung, weil sie froh sind, ihn in Berlin los zu sein.

Für gute Laune sorgte die Kür nicht. „Ein SPD-Mann auf dem wichtigsten Posten, den Deutschland in der internationalen Finanzwelt zu vergeben hat, ist mindestens so falsch wie ein Genosse als Staatssekretär im CDU-geführten Finanzministerium“, sagt Georg Nüßlein, wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Die FDP-Spitze stimmte der Personalie zu.

Fraglich ist, ob Asmussen die Rettungspolitik geschmeidiger mittragen wird als sein Vorgänger. Grundsätzlich findet er die Ankäufe ebenfalls bedenklich, in der derzeitigen Situation aber vertretbar.

Obwohl die Nachfolgersuche reibungslos verlief, hat sie für Deutschland einen Haken. Asmussen kann nur Starks angebrochene Amtsperiode zu Ende führen. Von acht Jahren bleiben ihm nur noch drei. Danach darf er nicht erneut kandidieren, das verbieten die Statuten der EZB.

Die Beförderung Asmussens verschärft zudem die Personalprobleme im Finanzministerium. Ressortleiter Schäuble hat seit Monaten Schwierigkeiten, vakante Posten zu besetzen. So sucht er nach einem Leiter seiner Grundsatzabteilung und einem für die Finanzmarktabteilung.

Immerhin fand er schnell Ersatz für Asmussen. Neuer Staatssekretär wird der bisherige Leiter der Europa-Abteilung, Thomas Steffen. Jetzt muss Schäuble drei Abteilungsleiter suchen.

PETER MÜLLER, CHRISTOPH PAULY,
CHRISTIAN REIERMANN



EZB-Volkswirt Stark, Präsident Trichet: Schon länger am Kurs gezweifelt

ihres Präsidenten Jean-Claude Trichet zweifelte, in großem Umfang Staatsanleihen angeschlagener Euro-Staaten aufzukaufen. Nur mit Mühe verbarg er seine Abneigung gegen das Vorgehen des Franzosen. Anfang August, die Mehrheit im EZB-Rat stimmte für den Kauf italienischer und spanischer Staatsanleihen, war er zum Rücktritt entschlossen, berichtet ein Freund.

Trichet und seine Leute reagierten bestürzt, als Stark intern seine Rücktrittsabsicht kundtat. Inständig baten sie ihn, wenigstens noch bis zur EZB-Ratssitzung am vergangenen Donnerstag zu bleiben. Die Pressekonferenz im Anschluss daran nutzte der Franzose für eine theatralische Tirade gegen die unflexiblen Deutschen.

Präsident auf und verzichtete darauf, Nachfolger von Trichet an der Spitze der EZB zu werden. Bitter ist die Botschaft vor allem für den jetzigen Bundesbank-Präsidenten Jens Weidmann, der die Ankäufe ebenfalls ablehnt. Er verliert einen Verbündeten im Ringen um den richtigen geldpolitischen Kurs. Für deutsche Notenbanker besteht dieser traditionell darin, mit allen Mitteln Inflationsgefahren zu bekämpfen. Die Notenpresse anzuwerfen, um damit Anleihen zu kaufen, gehört eindeutig nicht dazu.

Auch für Kanzlerin Angela Merkel und ihren Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) ist der Verlust peinlich. Zum zweiten Mal geht ihnen ein namhafter Geldpolitiker von

sondern auch an die zweifelnden Koalitionspolitiker daheim. Europa kann nicht nur helfen, so lautet die Botschaft, es kann, wenn nötig, auch Hilfe entziehen.

Das Thema spielte bei einem Abendessen am vergangenen Dienstag im Finanzministerium eine Rolle. Hausherr Schäuble hatte seine Kollegen Jutta Urpilainen aus Finnland und Jan Kees de Jager aus den Niederlanden zu Gast.

Offiziell ging es um das Pfand, das die Finnen von den Griechen für weitere Hilfen verlangen. Tatsächlich stand ein anderes Thema im Vordergrund: die zugespitzte Krise in Athen. Bei den Teilnehmern war die Einsicht gewachsen, dass die Lage in Griechenland zwischen aussichts- und hoffnungslos changiert. Die Pleite lasse sich kaum mehr vermeiden. Meinungsverschiedenheiten gab es nur über die Konsequenzen.

Schäuble plädierte dafür, dass die Griechen auch nach einem Schuldenschnitt in der Währungsunion verbleiben sollten. De Jager hätte nichts dagegen, wenn sie die Euro-Zone verließen. Was am Ende geschieht, darin waren sich die Teilnehmer einig, liege ohnehin in der Hand der Griechen. Eine Möglichkeit, sie aus der Währungsunion zu weisen, gibt es nicht.

Schäuble ist überzeugt, dass es nicht mehr so weitergehen könne wie bisher. Mehrfach teilte er in der vergangenen Woche seine Sorgen und Erkenntnisse mit Vertrauten. Jedes Mal lautete seine Botschaft, er glaube nicht mehr daran, dass die Griechen es noch schafften, die vereinbarten Auflagen zu erfüllen. Schon im Oktober gehe ihnen das Geld aus.

Was das bedeutet, haben Schäubles Beamte längst durchgerechnet. Ein Emisär aus Berlin präsentierte die Überlegungen vergangene Woche den Partnern in Brüssel.

Grundsätzlich gebe es zwei Möglichkeiten einer Griechen-Pleite, trug der Mann vor. In Variante eins verbleibt das Land in der Währungsunion, in der anderen scheidet es aus.

In beiden Fällen käme es zu einem sogenannten Schuldenschnitt: Griechenland würde seine Kredite nur noch zu einem bestimmten Anteil von zum Beispiel 50 Prozent bedienen. Entsprechend groß wären die Verluste für Athens Gläubiger, zu denen die Europäische Zentralbank, andere EU-Länder sowie Banken, Versicherungen und Finanzinstitute in ganz Europa zählen. Es gelte, die Folgen dieser Verluste zu begrenzen, befand der Schäuble-Emisär und trug seinen Zuhörern die entsprechenden Planspiele der Berliner Beamten vor.

Eine Schlüsselrolle in ihren Überlegungen spielt der europäische Rettungsschirm EFSF. Die Einrichtung unter Leitung des Deutschen Klaus Regling mit Sitz in Luxemburg soll so schnell wie möglich mit den neuen Kompetenzen ausgestattet



Demonstrierende Studenten in Athen: Beim Sparprogramm hoffnungslos im Verzug

werden, die ihr der Krisengipfel Ende Juli zgedacht hat. Dann könnte die restliche Euro-Zone mit einiger Aussicht auf Erfolg vor den Verwerfungen einer Griechenland-Pleite geschützt werden.

Zwei Instrumente stehen bei den deutschen Plänen im Vordergrund: Zum einen setzen Schäubles Beamte auf vorbeugende Kreditlinien, mit denen Reglings Behörde finanzschwachen Ländern Überbrückungskredite gewähren darf. Zum anderen wollen sie Geldspritzen für Banken bereitstellen, um deren Schieflage abzuwenden.

Mit beiden Instrumenten ließen sich komplette Länder und ihre Bankensektoren abschirmen, argumentierte Schäubles Mann in Brüssel. Die Kredite sollen Ländern wie Italien, Spanien, aber auch Zypern helfen, denen Anleger aus Angst um ihr Geld nach einer Insolvenz Griechenlands nichts mehr leihen würden.

Banken in zahlreichen Euro-Ländern könnten schließlich auf Milliarden aus Luxemburg angewiesen sein, weil sie ihre Bestände an griechischen Staatsanleihen abschreiben müssten. Am schlimmsten dürften griechische Banken von den Folgen einer Staatspleite betroffen sein. Durchaus denkbar sei es deshalb, dass sie noch Hilfe bekommen, während die griechische Regierung längst von Reglings Hilfstopf abgeschnitten ist. Banken sind, das lehrt die Finanzkrise, über Ländergrenzen hinweg miteinander verflochten. Stürzt ein wichtiges Kreditinstitut, reißt es leicht andere mit.

Solche Folgen sind zu erwarten, gleichgültig ob Griechenland den Euro behält oder aussteigt. In Wahrheit hätte Athen ohnehin keine Wahl. Denn die Regierung

könnte nur dann einen Schub für die darniederliegende Wirtschaft erwarten, wenn Griechenland wieder eigenes Geld einführt und die neue Währung im Vergleich zum Euro kräftig abwertet.

Selbst wenn die griechische Regierung diesen ultimativen Schritt wählen würde, wären die Folgen beherrschbar, glauben Regierungsexperten. Anfang Mai hörte sich das noch anders an. Damals versammelten sich die Finanzminister der großen Euro-Länder mit ihrem griechischen Kollegen und Euro-Gruppen-Chef Junker zu einem Geheimtreffen in Luxemburg. Auf der Tagesordnung schon damals: ein möglicher Austritt Griechenlands aus der Währungsunion.

Damals hatten die Experten vor den Folgen eines solchen Schrittes noch gewarnt, nun erscheinen sie den Euro-Rettern hinnehmbar. Selbst für ein Problem, das Schäubles Beamte damals noch umtrieb, haben sie mittlerweile eine Lösung gefunden. Kapitalverkehrskontrollen, mit denen Griechenlands Bürger gehindert werden könnten, ihr Geld ins Ausland zu schaffen, seien mit EU-Recht vereinbar – anders als damals angenommen. Ein Schlupfloch bietet Artikel 143 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU. Er erlaubt bestimmten Ländern, „Schutzmaßnahmen zu treffen“.

Unumstritten ist die neue Linie dennoch nicht. Offensichtlich wurde das am Montag vergangener Woche bei der Sitzung der stellvertretenden Finanzminister der Euro-Zone. Die Runde der Spitzenbeamten ließ sich von der Troika über die Lage in Griechenland Bericht erstatten.

Am Ende war die Versammlung gespalten. Erstmals sprach sich eine Mehrheit

dafür aus, bei Griechenland die Reißleine zu ziehen. Angeführt wurde das Lager von Deutschen, Niederländern und Finnen.

Die Südländer, Frankreich inklusive, verhielten sich deutlich zurückhaltender. Sie fürchten, dass es auch für sie bald kein Geld mehr geben könnte, wenn die Mittel für Griechenland gekappt werden.

Die Sorge will Schäuble ihnen nehmen. Griechenland sei, im Gegensatz zu den anderen Schlingerstaaten, ein hoffnungsloser Fall. Oder, wie es Athens Wirtschaftsminister Michaelis Chrysochoidis im Berliner „Tagesspiegel“ ausdrückte: „Die griechische Wirtschaft stirbt.“

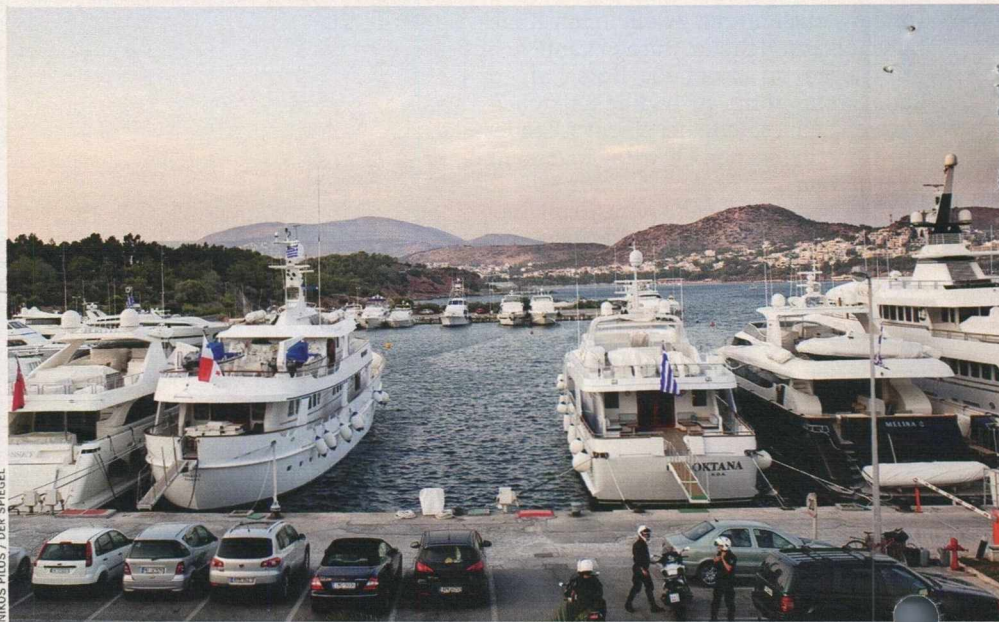
Da ist etwas dran. Immer mehr Unternehmen gehen in Konkurs, und bei ihrem Sparprogramm sind die Griechen inzwischen hoffnungslos in Verzug, beim Verkauf von Staatsbesitz ebenso wie bei den vereinbarten Reformen. „Das ist wie bei Kindern, denen man immer wieder sagen muss, dass sie ihr Zimmer aufräumen sollen“, klagt ein Delegationsmitglied. Vor allem die Troika-Mitglieder aus Europa waren erbost, während die IWF-Vertreter sich nachsichtiger gaben. Alle sind jedoch genervt über die mangelnden Fortschritte.

Die vor über einem Jahr begonnene Privatisierung kommt nur zäh in Gang. 50 Milliarden Euro soll Griechenland dadurch bis 2015 einnehmen. Doch erst vor einigen Wochen stellten Beamte eine Liste mit staatlichen Unternehmen und Immobilien zusammen. Kostas Mitropoulos soll das Projekt führen. Der 56-Jährige, bis vor wenigen Wochen noch Investmentbanking-Chef der griechischen Eurobank, ist Boss der neuen Privatisierungsgesellschaft.

Mitropoulos sagt, er habe sich wie ein Soldat einem „Kampf“ um Glaubwürdigkeit verschrieben, einem „echten Krieg“. Sein Büro ist karg möbliert: Ein Schreibtisch, ein kleiner Konferenztisch, auf dem Schrank stehen Sportpokale. Einen Teil seiner Mannschaft muss Mitropoulos sich noch zusammensuchen. Er brauche spezielle Charaktere, sagt er, mit dem nötigen Feuer für „etwas fast Unmögliches“, wie er ironisch hinzufügt.

Den größten Erfolg verspricht wohl der Verkauf der lukrativen Erdölgesellschaft Hellenic Petroleum, der Nutzungsrechte für den Athener Flughafen und der Lizenzen für die staatliche Glücksspielgesellschaft OPAP.

Allerdings stehen auch Firmen auf der Verkaufsliste, für die sich derzeit kein Interessent finden dürfte: die griechische Staatsbahn, die über Jahre hinweg Milliardenverluste schrieb, oder die Postbank. Bei vielen Staatsbetrieben schrecken zudem die mächtigen Arbeitnehmervertreter potentielle Investoren ab. Als besonders radikal gelten Gewerkschafter des Strommonopolisten DEI. Sie drohten schon mal damit, den Strom zu kappen, sollte das Unternehmen privatisiert werden.



Yachthafen in Vouliagmeni



Braunkohlekraftwerk in Florina



Flughafen Athen

Potentielle griechische Verkaufsobjekte: Spezielle Charaktere für „etwas fast Unmögliches“

Die Gewerkschaften kämpfen um ihre Pfründen. Die staatlichen Betriebe sind Versorgungsparadiese, in denen zuweilen sogar Zulagen für das Händewaschen bezahlt werden. Die gut 20000 Mitarbeiter der DEI verdienen im Schnitt das Doppelte einer Gymnasiallehrerin.

Fachleute von RWE haben sich den griechischen Energieversorger schon einmal angesehen, sie winkten aber ab. Das Unternehmen war nach ihrer Ansicht nicht reformierbar.

Bis Ende September soll Banker Mitropoulos Investitionsverträge über 1,7 Milliarden Euro unter Dach und Fach haben. Das ist der Plan. Aber in der Realität ist das schon rein technisch unmöglich. Ob er Angst habe, dass die Troika die nächste Kredit-Tranche verweigert? Nein, sagt er. „Ich lebe für den nächsten Tag.“

Ein weiteres Reformprojekt, das punktliche Eintreiben aller Steuern, kommt ebenfalls nicht voran. „Wir haben den Eindruck, dass der Verwaltungsapparat das nicht kann“, sagt Premierminister Papandreou.

Insgesamt schulden Bürger und Unternehmen dem griechischen Staat fast 40 Milliarden Euro Steuern. Mit dieser Summe könnte das Haushaltsdefizit für 2011 mehr als gedeckt werden.

Doch viele Behörden gelten als ineffizient und korrupt. Die Finanzbeamten absolvieren, nachdem ihnen im Rahmen mehrerer Sparrunden die Gehälter um 20 Prozent oder mehr beschnitten wurden, oft nur noch Dienst nach Vorschrift, und manchmal nicht einmal das.

17 Finanzämter haben in den ersten sieben Monaten des Jahres keine einzige



Privatisierungs-Chef Mitropoulos

dem Spruch: „Arbeite hart, sei nett zu den Leuten.“

So groß ist die Misere, dass die Retter die Geduld verlieren. Bei einem Griechenland-Bankrott müsse sich Europa „warm anziehen“, warnt der frühere Finanzminister Peer Steinbrück im SPIEGEL-Gespräch (Seite 28). Dennoch ist auch er überzeugt: „Wenn die Anforderungen nicht ernst genommen werden“, dürfe die nächste Tranche „nicht ausbezahlt werden“.

Griechenlands Pleite rückt näher, auch deshalb, weil die übrigen Problemländer in den vergangenen Monaten auffällige Fortschritte erzielt haben. Dadurch, so kalkulieren Schäubles Beamte, sinke die Ansteckungsgefahr.

Vor allem die Iren wecken neuerdings Hoffnungen, dass sie die Kurve kriegen. Das Land gewinnt wieder Vertrauen an den Finanzmärkten. Ablesbar ist dies an den Risikoprämien für Staatsanleihen, sie sind in den vergangenen Wochen deutlich gesunken. Den Iren hilft ihre intakte Exportwirtschaft. Viele internationale Konzerne haben ihre Europa-Dependance auf der Insel angesiedelt, darunter Apple, IBM und Google. Dank der Ausfuhren wächst die Wirtschaft wieder, im ersten Quartal verzeichnete sie ein Plus von 1,3 Prozent zum Vorquartal. Irland setzt darauf, sich gleichsam aus der Krise zu exportieren.

Diesen Weg würde auch Portugal gern einschlagen – doch über allzu viele weltmarktfähige Güter verfügt das Land nicht. Die Mitte-rechts-Regierung von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho muss deshalb die harte Tour einschlagen.

Sie kürzt im Gesundheitswesen und bei den Beamtengehältern, kaum ein Ausgabenposten bleibt verschont. Zugleich erhöht Coelho Steuern auf Spitzen Einkommen, auf Strom und Erdgas, selbst auf das Weihnachtsgeld. Es sind große Opfer, die Portugals Bürger erbringen. Bislang murren sie zwar, aber sie erdulden die Beschlüsse. Coelho stimmt sie auf „zwei schwere Jahre“ ein.

Entsprechend positiv bewertet die Troika die Anstrengungen. Das Land liege im Zeitplan. Auf der Rangliste der wettbewerbsfähigsten Länder, die das World Economic Forum vergangene Woche vorstellte, holte Portugal leicht auf.

Nachbar Spanien vollführte in der Aufstellung einen Sprung nach vorn, vom 42. auf den 36. Platz. Die Spanier haben bereits zwei ihrer Flughäfen zum Verkauf ausgeschrieben und eine Schuldenbremse in der Verfassung verankert. Damit wird die Kreditaufnahme gesetzlich auf 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt, allerdings erst ab 2020.

Während sich die meisten Randstaaten also auf den Wege der Besserung machen, droht Griechenland in den Bankrott zu schlittern. In der schwarz-gelben Koalition ist das Mitleid begrenzt, denn eine Pleite des Landes würde auch manche in-

nenpolitische Verwerfung begründen. Berlins harte Linie soll vor allem denjenigen Parlamentariern in Union und FDP, die Griechenland für ein Fass ohne Boden halten, die Zustimmung zu dem aufgemöbelten und mit neuen Kompetenzen versehenen Rettungsschirm EFSF Ende September erleichtern.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion Peter Altmaier spaltet das Pleite-Land schon mal rhetorisch vom Rest der Eurozone ab. „Griechenland ist ein absoluter Sonderfall. Kein anderes Land ist so in der Patsche.“

Das Kalkül könnte aufgehen. Mancher Abgeordnete, der Anfang der vergange-

Entscheidungsstress

Abstimmungen im Bundestag zu Euro-Rettungspaketen

7. Mai 2010
Erstes Rettungspaket für Griechenland

Das strauchelnde Griechenland beantragt im April 2010 Finanzhilfen. Die Euro-Länder und der Internationale Währungsfonds (IWF) geben Kreditzusagen in Höhe von 110 Mrd. €. Griechenland muss im Gegenzug ein strenges Sparprogramm umsetzen.

22,4
Mrd. €

21. Mai 2010
Euro-Rettungsschirm

Der vorläufige Stabilisierungsmechanismus, der bis 2013 gilt, hat einen Umfang von 750 Mrd. €. Der IWF ist mit 250 Mrd. € beteiligt. 60 Mrd. € können über den EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden. 440 Mrd. € stammen von einer Zweckgesellschaft (EFSF), die sich mit Anleihen am Kapitalmarkt finanziert. Die Haftung für die EFSF liegt gemeinschaftlich bei den Euro-Ländern. Im November 2010 begibt sich Irland unter den Rettungsschirm, im April 2011 folgt Portugal.

123
Mrd. €

ANSTEHENDE ENTSCHEIDUNGEN

29. September 2011
Aufstockung der EFSF

Das Ausleihvolumen der EFSF wird erhöht. Außerdem erhält sie neue Befugnisse. Künftig sollen auch Staatsanleihen von Euro-Krisenländern aufgekauft und Mittel zur Bankenstabilisierung eingesetzt werden dürfen.

88
Mrd. €

voraussichtlich Oktober 2011
Zweites Rettungspaket für Griechenland

Weitere 109 Mrd. € bis 2014 für die Griechenland-Rettung. 54 Mrd. € fließen dem griechischen Staat zu, der Rest dient der Absicherung einer privaten Gläubigerbeteiligung. Das Geld sollen die EFSF sowie der IWF zur Verfügung stellen.

voraussichtlich bis Ende 2011
Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Der Euro-Rettungsschirm wird ab Juli 2013 zu einer dauerhaften Einrichtung. Die Euro-Länder zahlen ein Grundkapital von 80 Mrd. € ein, davon Deutschland allein 22 Mrd. Dieser Kapitalstock soll in den kommenden Jahren schrittweise aufgebaut werden.

„Natürlich müssen die Deutschen zahlen“

Der SPD-Politiker und frühere Finanzminister Peer Steinbrück, 64, plädiert für eine Neukonstruktion der Währungsunion – mit Euro-Bonds, festen Regeln und harten Sanktionen.

nen Woche noch gegen die EFSF-Reform stimmte, ist nun dafür.

„Wir brauchen die neuen Instrumente der EFSF gerade im Falle einer Pleite Griechenlands“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe Georg Nüßlein. Die hält der CSU-Mann für unausweichlich, genauso wie einen Austritt des Hellenenstaates aus der Euro-Zone. „Die Griechen müssen austreten, sie kommen in der Euro-Zone nicht mehr auf die Beine.“

Diese Einschätzung wird inzwischen geteilt in der Koalition. Der hessische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende Volker Bouffier drängt darauf, möglichst rasch Austrittsmöglichkeiten für die Griechen aus der Euro-Zone zu schaffen. „Wenn die Spar- und Reformanstrengungen der griechischen Regierung nicht erfolgreich sind, müssen wir uns auch die Frage stellen, ob wir nicht neue Regeln brauchen, die den Austritt eines Eurolandes aus der Währungsunion ermöglichen.“

Auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hatte vergangenen Montag in der CSU-Landesgruppe klargestellt, dass Griechenland auf diesem Wege seine Probleme am besten lösen könne. Der FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms fordert dies schon länger. Sollte Griechenland die Auflagen nicht erfüllen, „ist es womöglich der bessere Weg, dass das Land aus der Euro-Zone aussteigt.“

Die Turbulenzen werden nicht so schnell vorbei sein – im Gegenteil: Spätestens im Dezember steht die Abstimmung über den permanenten Rettungsschirm ESM an, der die EFSF ab 2013 ersetzen soll. Dann wird Merkels Parlamentsmehrheit erneut getestet.

Die Gegner der Euro-Rettung in der FDP rüsten schon jetzt zur Entscheidungsschlacht. Noch bevor der Bundestag über den ESM abstimmt, sollen die rund 66 000 Mitglieder der Partei dazu befragt werden. „Die Diskussion in der FDP über weitere Rettungsmaßnahmen für überschuldete Staaten in Europa ist eine wichtige politische Frage und erfordert eine breite Diskussion in der FDP“, heißt es in einem Schreiben, das Generalsekretär Christian Lindner vergangenen Freitagnachmittag zugestellt wurde.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehört nicht nur der unermüdete Euro-Skeptiker Frank Schäffler, sondern auch das liberale Urgestein Burkhard Hirsch.

Wenn sich ein Drittel der Mitglieder an der Befragung beteiligt und sich die Mehrheit davon gegen den ESM ausspricht, wäre das die offizielle Beschlusslage der Partei. Dann wäre die Euro-Rettung der schwarz-gelben Regierung am Ende – und die Koalition gleich mit.

DIETMAR HAWRANEK, ALEXANDER JUNG,
PETER MÜLLER, CHRISTIAN REIERMANN,
CHRISTOPH SCHULT, ANNE SEITH



Finanzpolitiker Steinbrück: „Das Geld ist gut investiert in unsere Zukunft“

SPIEGEL: Herr Steinbrück, bisher sind alle Bemühungen, die Euro-Krise zu beenden, gescheitert. Warum sagt eigentlich kein Politiker, dass die Gemeinschaftswährung, so wie sie einmal konzipiert und den Bürgern verkauft wurde, gar nicht zu retten ist?

Steinbrück: Wie kommen Sie denn auf die Idee, dass der Euro nicht zu retten sei?

SPIEGEL: Weil sich gezeigt hat, dass in der Währungsunion zu unterschiedliche Volkswirtschaften zusammengeschweißt wurden und dass diese Unterschiede durch den Euro nicht kleiner, sondern größer wurden.

Steinbrück: Das ist unbestritten. Die Verschuldung und die Wettbewerbsfähigkeit sind auseinandergedriftet. Aber deshalb wird der Euro nicht verschwinden. Wir können lange darüber streiten, wie viele und welche Mitgliedstaaten die Euro-Zone Ende dieses Jahrzehnts umfassen

wird, wenn wir diese Drift nicht in den Griff kriegen. Aber dass der Euro weiter existieren und in seiner Bedeutung als Weltwährung eher zunehmen wird, darauf würde ich wetten.

SPIEGEL: Fragt sich nur, in welcher Form. So wie er in den Europäischen Verträgen festgeschrieben wurde, wird er jedenfalls nicht überleben.

Steinbrück: Wenn Sie meinen, dass sich die Konstruktion des Euro, seine Verankerung in einem europäischen Regelwerk, ändern wird, dann stimme ich Ihnen zu.

SPIEGEL: Er wird eine Haftungs- und Transferunion sein – und damit etwas ganz anderes, als einmal beschlossen wurde. Kein Land, so steht es in den Verträgen, solle für die Schulden eines anderen eintreten.

Steinbrück: Das war ein Irrtum, der an den Realitäten der Krise zerschellte. Diese

politische Lebenslüge hätte schon vor ein- einhalb Jahren eingestanden und erklärt werden müssen.

SPIEGEL: War es eine Notlüge, weil die Politik glaubte, ansonsten die Währungsunion nicht durchsetzen zu können?

Steinbrück: Man hat damals zu sehr auf innenpolitische Stimmungen und Ressentiments Rücksicht genommen – nach dem Motto: Die Deutschen sollen nicht der Zahlmeister Europas sein.

SPIEGEL: Und künftig sollen sie es sein?

Steinbrück: Man muss den Menschen erklären, dass dieses Europa die Antwort ist auf 1945 und auf das 21. Jahrhundert in

Institutionen abgeben müssen. Es wird seine nationalen Haushaltsentwürfe genehmigen lassen und sich einer makroökonomischen Überwachung unterwerfen müssen.

SPIEGEL: Das Haushaltsrecht des jeweiligen Landes wird also stark eingeschränkt.

Steinbrück: Ja, aber das ist nichts anderes als das, was auch der Internationale Währungsfonds in Krisenländern macht.

SPIEGEL: Und wenn sich die jeweiligen Regierungen diesem Regime nicht unterwerfen, weil etwa die strengen Sparauflagen zu Unruhen in der Bevölkerung führen?

Steinbrück: Dann bekommen sie keine Euro-Bonds.

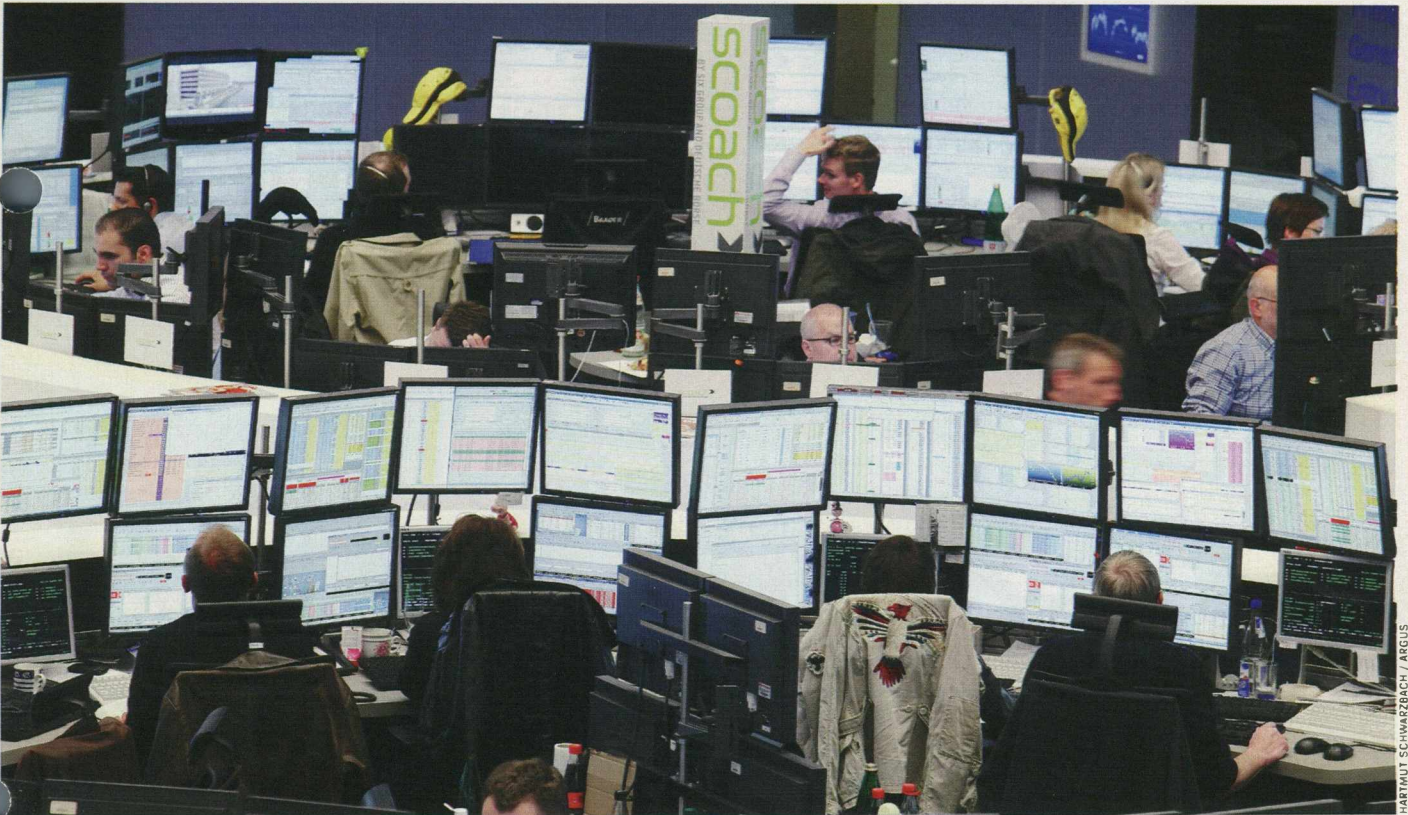
kurven gibt, müssten wir morgens im Bett bleiben und uns die Decke über den Kopf ziehen.

SPIEGEL: Dennoch: Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt?

Steinbrück: Die europäischen Institutionen, die Auflagen aussprechen und deren Einhaltung überwachen, müssen unabhängig sein, sie dürfen auch nicht politisch ausgehebelt werden.

SPIEGEL: Bedarf es dazu einer Änderung der Europäischen Verträge?

Steinbrück: In vielen Fällen ja. Wir müssen genau unterscheiden, welche Überlegun-



Handelssaal der Deutschen Börse in Frankfurt: „Einzelne ahnen möglicherweise, dass sie an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen“

einer sich dramatisch verändernden Welt mit neuen Schwergewichten. Und dass Deutschland politisch, ökonomisch und gesellschaftlich von der weiteren Integration Europas profitiert. Das bedeutet: Natürlich müssen die Deutschen zahlen. Aber das Geld ist gut investiert in unsere und die Zukunft Europas, in Frieden und Wohlstand. Dieses Erklärungsmuster fehlt. Die Politik hätte eine neue Erzählung über Europa erfinden müssen, die nicht zuletzt auch den deutschen Zahlungsbeitrag gegenüber der eigenen Bevölkerung rechtfertigt.

SPIEGEL: Wie soll die künftige Währungsunion konstruiert sein?

Steinbrück: Ein Land, das zum Beispiel von Euro-Bonds...

SPIEGEL: ...also von Anleihen, für die die ganze Euro-Zone bürgt...

Steinbrück: ...profitieren will, wird einen Teil seiner Budgethoheit an unabhängige

SPIEGEL: Und dann?

Steinbrück: Dann werden diese Länder auf sich selbst zurückgeworfen und müssen sich allein helfen. Man darf mit keiner Sanktion drohen, wenn man nicht bereit ist, sie auch zu vollziehen.

SPIEGEL: Mit der Konsequenz, dass ein Euro-Mitglied zahlungsunfähig wird?

Steinbrück: Im Extremfall geht es dann um ein geordnetes staatliches Insolvenzverfahren.

SPIEGEL: Wenn wir Sie richtig verstehen, soll es eine Art Währungsunion 2.0 mit neuen, strengen Regeln geben. Warum soll jemand glauben, dass – im Gegensatz zur alten Währungsunion – die Regeln und Versprechungen in der neuen eingehalten werden?

Steinbrück: Der Knall war ja ziemlich laut, jeder hat ihn gehört. Wenn wir nicht überzeugt wären, dass es auch politische Lern-

gen auf eine Änderung der Europäischen Verträge hinauslaufen. Die können Sie erst mal vergessen. Was viele Politiker zurzeit leichtfertig mit wohlklingenden Begriffen in die Debatte werfen, ist nicht schnell zu haben, weil Ratifizierungsverfahren und Volksabstimmungen – vor dem Hintergrund einer europaskeptischen Grundstimmung in vielen Ländern – der schnellen Verwirklichung dieser Ideen entgegenstehen.

SPIEGEL: Gilt das auch für die Euro-Bonds?

Steinbrück: Sie können Euro-Bonds auch durch das De-facto-Handeln der Regierungschefs einführen, aber dann haben Sie keine europäische Institution, die diese emittiert und die damit verbundenen Auflagen kontrolliert und bei Verletzungen sanktioniert. Und das wäre eine ganz wichtige Voraussetzung für die Zustimmung zu Euro-Bonds.

SPIEGEL: Euro-Bonds werden doch von Ihrer Partei als Lösung der Euro-Probleme angepriesen...

Steinbrück: ... das ist ja nicht falsch.

SPIEGEL: ... ohne zu sagen, dass dieses Mittel in absehbarer Zeit gar nicht zur Verfügung stehen kann.

Steinbrück: Deshalb differenziere ich ja hier als Vertreter der SPD. Keiner von uns behauptet, sie wären das Allheilmittel.

SPIEGEL: Wenn also Euro-Bonds, über deren Vor- und Nachteile sich lange streiten ließe, auf absehbare Zeit gar nicht zur Verfügung stehen: was dann?

Steinbrück: Die Regierungen haben ja bereits etwas beschlossen, was Euro-Bonds sehr nahekommt, sie gestehen es bloß nicht ein: Der Rettungsfonds EFSF soll direkt bei Banken Staatsanleihen aufkaufen können...

SPIEGEL: ... um deren Kurse zu stützen und die Märkte zu beruhigen.

Steinbrück: Aber was passiert, wenn eines der Länder diese Staatsanleihen nicht zurückzahlen kann? Dann haften die Euro-Länder pro rata. Das ist der Eintritt in eine Haftungsunion. Die Kanzlerin kann das nur nicht zugeben, weil sonst die Hälfte ihrer Fraktion durch die Decke des Bundestags gehen würde. Mich stört diese Doppelzüngigkeit.

SPIEGEL: Ist denn mit den bisherigen Mitteln die Krise so lange zu meistern, bis die Europäischen Verträge geändert sind und die auch von Ihnen propagierten Euro-Bonds für Entlastung sorgen können?

Steinbrück: Die offene Antwort lautet: Das weiß ich nicht.

SPIEGEL: Würden Sie denn zur Not auch für Euro-Bonds ohne Änderung der Verträge plädieren?

Steinbrück: Wenn wir mit den bisherigen Maßnahmen keine Stabilisierung der Verhältnisse erreichen, werden wir auf jeden Fall diese Debatte bekommen.

SPIEGEL: Wird dann auch der Einkauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank, die EZB, weitergehen?

Steinbrück: Ich war immer dagegen, weil sich die EZB auf ihre geldpolitische Funktion beschränken sollte. Aber ich kritisiere die EZB nicht: Sie ist durch das Versagen der politischen Akteure im Mai 2010 zum Handeln gezwungen worden. Aber sie hat jetzt Staatsanleihen für 129 Milliarden Euro auf der Bilanz – und damit auch entsprechende Risiken. Ich bin dafür, dass diese Staatsanleihen auf die Gesellschaft EFSF übertragen werden.

SPIEGEL: Wenn die EFSF diese 129 Milliarden übernimmt und weiterhin Staatsanleihen aufkauft, wird auch sie bald an ihre Grenzen stoßen. Muss sie dann weiter aufgestockt werden?

Steinbrück: Ich werde jetzt keinen Stein ins Wasser werfen, der so hoch spritzt, dass sich alle wieder aufregen.

SPIEGEL: Wenn die Gipfelbeschlüsse vom 21. Juli bis Ende September nicht durch

die nationalen Parlamente abgesegnet werden, muss die EZB weiter einspringen. Mancher Politiker mag das sogar für die schönste aller Welten halten, denn die EZB hat eine unbegrenzte Feuerkraft, sie kann sich das Geld notfalls selbst drucken.

Steinbrück: Wenn wir Ende September tatsächlich keine Legitimierung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom 21. Juli haben, würde ein ganz anderes Szenario Wirklichkeit: Dann kriegt Griechenland kein Geld mehr. Es kann keine Gehälter und keine Renten mehr zahlen, griechische Banken fallen, viele Griechen schaffen ihr Geld ins Ausland. Dann müssen wir uns ganz warm anziehen.

SPIEGEL: Halten Sie dieses Szenario für wahrscheinlich?

Steinbrück: Nein. Es kommt nicht so weit, weil es nicht so weit kommen darf.

SPIEGEL: Und was ist, wenn die sogenannte Troika, die Vertreter des IWF, der EZB und der EU, in den nächsten Tagen zu dem Ergebnis kommt, dass die Griechen sich nicht ernsthaft genug anstrengen, die mit den Hilfszahlungen verbundenen Auflagen zu erfüllen? Soll dann die nächste Tranche der Griechenland-Hilfe dennoch ausbezahlt werden?

Steinbrück: Wohlwollende Nachlässigkeit im Umgang mit Defiziten und Versäumnissen in der Euro-Zone gilt nicht mehr. Wenn die Anforderungen an Griechenland nicht ernst genommen werden, landen wir im Treibsand. Im schlechtesten Fall wird deshalb eine Tranche nicht ausbezahlt werden dürfen. Das sollten die Griechen in eigenem Interesse nicht testen.

SPIEGEL: Kann Griechenland auf Dauer in der Währungsunion bleiben?

Steinbrück: Das entscheidet Griechenland selbst.

SPIEGEL: Auch in Italien scheint es am politischen Willen zu fehlen, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Ist Italien ein neuer Fall Griechenland?

Steinbrück: Italien hat jedwedes Potential, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Sein Problem ist ein rein politisches – und das hat einen bekannten Namen.

SPIEGEL: Größere Rettungsschirme, Euro-Bonds, Einkauf von Staatsanleihen und



Steinbrück beim SPIEGEL-Gespräch*
„Die Politik ist erpressbar geworden“



Protest gegen Sparmaßnahmen der italienischen

Regierung in Mailand: „Das Problem hat einen bekannten Namen“

was noch alles kommen mag: Kann es sein, dass der Preis, den Deutschland für Europa zahlen muss, am Ende zu hoch sein wird?

Steinbrück: Das weiß keiner. Bisher haben wir noch keinen Cent gezahlt, aber Garantien gegeben. Wir müssen unter höchster Unsicherheit politisch verantwortlich handeln – im Interesse Deutschlands und Europas. Nur muss die Regierung den Deutschen das erklären. Die deutsche Wiedervereinigung hat innerhalb von 20 Jahren 2000 Milliarden Euro gekostet, im Durchschnitt also 100 Milliarden jedes Jahr. Deshalb sollten wir uns fragen: Sind wir nicht bereit, für die Einheit Europas über mehrere Jahre ein Zehntel davon zu bezahlen?

SPIEGEL: Mit einem Zehntel wird man nicht hinkommen.

Steinbrück: Woher wollen Sie das wissen? Mich stört, dass irgendwelche Wirtschaftsinstitute behaupten, die Einführung von Euro-Bonds koste Deutschland über zehn Jahre 20 bis 25 Milliarden...

SPIEGEL: ... das Münchner Ifo-Institut spricht langfristig sogar von 47 Milliarden – pro Jahr.

Steinbrück: Das ist doch Schwachsinn. Werfen Sie diese Studien in den Ascheimer! Die berücksichtigen nicht, wie sich die Nachfragestrukturen verändern. Ein Euro-Bond-Markt wäre der zweitgrößte und neben dem Dollar der liquideste Markt für Staatsanleihen. Er wäre

etwa für die Chinesen attraktiv, die ihre Anlagestrategie sehr wohl differenzieren könnten. Das würde auf die Zinsen drücken.

SPIEGEL: Hätte die Spekulation dann keine Chance mehr?

Steinbrück: Es gibt nicht die eine Maßnahme, die alle Probleme löst. Wenn Europa neben Euro-Bonds und allen anderen Maßnahmen nicht das zentrale Problem der Staatsverschuldung angeht, dann werden die Märkte nicht zur Ruhe kommen.

SPIEGEL: Ist es realistisch, dass sich Ihre Forderungen durchsetzen lassen?

Steinbrück: Ich halte es für realistisch, weil der Problemdruck so groß ist und vielen Beteiligten klargeworden ist, dass sich durch ein Durchwursteln die Situation nicht in den Griff kriegen lässt. Wir haben viel Zeit verloren, auch weil die Bundeskanzlerin auf der ganzen Wegstrecke viele Pirouetten gedreht hat – angefangen mit dem Satz: Die Griechen kriegen keinen Cent.

SPIEGEL: Frau Merkels Umfeld erklärt deren zögerliche Haltung bei der Griechenland-Hilfe damit, dass die Griechen nur auf diese Weise zu Zugeständnissen hätten gezwungen werden können.

Steinbrück: Da wird ein Finassieren und Stolpern im Nachhinein zur Strategie erklärt.

SPIEGEL: Was hätten Sie anders gemacht?

Steinbrück: Es hätte ein sehr frühes Signal geben müssen, dass die europäische Staatengemeinschaft die gemeinsame Währung nicht kaputtschießen lässt.

Mich hat sehr gewundert, dass die Regierung damals nicht einen Auftritt inszeniert hat, wie Frau Merkel und ich es bei der Garantie für die deutschen Spareinlagen im Oktober 2008 gemacht haben. Die Bundeskanzlerin, der französische Staatspräsident, der EZB-Präsident, der Vorsitzende der Euro-Gruppe, der Kommissionspräsident – sie alle hätten sich an einem Sonntag im Mai 2010 hinstellen und erklären müssen: Wir lassen die Euro-Zone nicht angreifen. Die begebenen Staatsanleihen sind sicher. Und dann hätten sie ein Konstrukt liefern müssen, wie diese Zusage unterfüttert wird.

SPIEGEL: Also eine generelle Garantie für Staatsanleihen?

Steinbrück: Ja, aber natürlich wäre diese Garantie mit strengen Auflagen für die betroffenen Länder verbunden gewesen.

SPIEGEL: Haben Sie eine Erklärung dafür, dass das Krisenmanagement der Regierung in Teil zwei der Finanzkrise so viel schlechter als im ersten Teil ist?

Steinbrück: Eine für die SPD zugegebenermaßen schmeichelhafte Erklärung ist, dass das Personal damals besser war. Es gab etliche starke Mitglieder im Kabinett der Großen Koalition – im Gegensatz zur heutigen Aufstellung.

SPIEGEL: Ist eigentlich die Finanzkrise schuld an der Staatsschuldenkrise?

Steinbrück: Nein, aber sie hat sie verschärft, sie war wie ein Katalysator.

SPIEGEL: Sehen Sie bei den Akteuren der Finanzmärkte so etwas wie Einsicht in das, was sie angerichtet haben?

Steinbrück: Einzelne ahnen möglicherweise, dass sie an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Aber die Mehrheit hat kein Gefühl dafür, dass jede Übertreibung und jede krasse Benachteiligung eine Gegenbewegung auslöst. Die kann sogar gewalttätig werden, wie man in England sehen konnte. Den Protagonisten, die von diesem System teilweise mit schwindelerregenden Summen profitieren, nehme ich übel, dass sie keinen Sinn für Maß und Mitte, für Balance und Fairness haben und weitermachen wie bisher.

SPIEGEL: Muss nicht der Staat die Grenzen setzen, um solche Exzesse zu verhindern?

Steinbrück: Natürlich. Aber ich vermisste, dass die Organisationen des Finanzkapitalismus bis hin zum Internationalen Bankenverband selbst ehrgeizig und proaktiv daran arbeiten, Regeln zu entwerfen, die mäßigend und stabilisierend wirken. Die dahinterliegende Frage ist doch: Bewegt sich diese Art des Finanzkapitalismus nicht in eine moralische Krise? Und bei wem liegt der Primat: bei der Politik? Oder bei völlig anonymisierten entgrenzten Finanzmärkten, die darauf hinwirken, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden?

SPIEGEL: Wie lautet Ihre Antwort?

Steinbrück: Die Politik ist erpressbar geworden. Ständig sagen uns die Akteure der Finanzmärkte: Wenn wir nicht hohe Boni zahlen, verlieren wir die besten Leute. Wenn Sie uns nicht stützen, wird es Erschütterungen geben, die Ihnen die Beine wegfeigen. So wird Politik diszipliniert und der Status quo festgeschrieben.

SPIEGEL: Warum gibt es in einer solchen historischen Stunde keine Große Koalition?

Steinbrück: Weil die SPD für ihre gute Arbeit in der Großen Koalition keine politische Rendite bekam.

SPIEGEL: Das ist kein gutes Argument, wenn es sich wirklich um eine historische Stunde handelt.

Steinbrück: Wir haben es nicht mit einer Staatskrise zu tun, in der die SPD dem Grundsatz „Erst das Land, dann die Partei“ folgen müsste. Wenn diese Regierung vor einem Offenbarungseid steht, soll sie sich dem Votum der Bürger stellen.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die Bundesregierung bei der Abstimmung über den erweiterten Rettungsschirm eine eigene Mehrheit haben wird?

Steinbrück: Ja, die disziplinierende Wirkung wird sehr groß sein. Denn wenn sie keine eigene Mehrheit hätte, würde die Regierung ja noch näher an die Wand geraten.

SPIEGEL: Eine Frage haben wir noch: Wenn es Neuwahlen gäbe, wer wäre dann Kanzlerkandidat der SPD?

Steinbrück: Wir wollten doch jetzt zum Mittagessen gehen.

SPIEGEL: Herr Steinbrück, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Georg Mascolo und Armin Mahler in der Hamburger Redaktion.



MARC-STEFFEN UNGER

ABGEORDNETE

Niemand ist unerschrocken

Für die Lösung der Euro-Krise gibt es keine Vorbilder.

Jemand geht zur Arbeit, und der Auftrag ist: Europa retten. Jemand geht zur Arbeit, und der Auftrag ist: Deutschland abschaffen. Jemand geht zur Arbeit, und das Risiko seines Wirkens ist: Griechenland wird ruiniert. Jemand geht zur Arbeit, und das Risiko seines Wirkens ist: Der Euro zerfällt, und die Welt stürzt in eine neue Wirtschaftskrise.

620 Deutsche gehen derzeit mit solchen Aufträgen und Risiken zur Arbeit. Sie sind Lehrer, Elektrohandwerksmeister, Tischlerin, Journalist, Anwalt, Bauer. Sie sind Abgeordnete des Deutschen Bundestags und sollen in den kommenden Wochen und Monaten darüber entscheiden, was mit dem Euro wird, was mit Europa wird.

Manche überlegen, ob sie die Vereinigten Staaten von Europa gründen sollen und damit Deutschland als Nationalstaat auflösen. Manche überlegen, ob sie dem größeren Rettungsschirm ihre Zustimmung verweigern sollen und damit womöglich den Euro preisgeben. Manche überlegen, ob sie Griechenland fallenzulassen sollen, auch wenn dann Europa versagt hätte vor den Augen der Welt und sich die Finanzmärkte womöglich Portugal oder Irland vorknöpfen.

Niemand bleibt da unerschrocken. 620 Deutsche können derzeit Fehler machen, über die man noch in hundert Jahren Bücher schreiben wird. Sie haben Angst davor. Angst ist derzeit einer der stärksten Faktoren der Politik. Es gibt einen gna-

denlosen Richter für all diese Entscheidungen. Das ist nicht Gott, das sind die Finanzmärkte. Sie lassen die Politiker flüstern und zittern. Nur nichts Falsches sagen, nur nichts Falsches tun. Wohin bewegt sich der Dax? Wie sind die Renditen für Staatsanleihen? Wo stehen die Wechselkurse? Ängstliche Augen vor Bildschirmen und über Handy-Displays.

Nach welchen Kriterien sollen die Politiker entscheiden? Jede Entscheidung beginnt mit einem Blick nach vorn, mit einer Vorstellung von den Folgen der Entscheidung. Diese Vorstellung speist sich fast immer aus einem Blick zurück. Wie war es in ähnlichen Fällen?

Aber das geht diesmal nicht. Die 620 Abgeordneten bekommen zwar Ratschläge alter Kämpen wie Helmut Kohl, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, aber die haben nicht erlebt, was jetzt passiert. Eine Schuldenkrise in einer Währungsunion unter der Aufsicht hochvernetzter Finanzmärkte hat es nie gegeben. Die Politiker müssen ohne Vergangenheit entscheiden, ohne Verankerung also. Das macht Angst.

Sie müssen auch ohne brauchbare Hilfe von Experten entscheiden. Ein Experte ist jemand, der viel weiß über das, was war und ist, und daraus Schlüsse für die Zukunft zieht. Da es keine Vergangenheit in dieser Sache gibt, gibt es auch keine verlässlichen Experten. Niemand kann den Politikern einen guten Rat geben, ob es besser ist, Griechenland ewig durch-

zuziehen oder Griechenland sofort fallenzulassen. Die Abgeordneten sind allein mit ihrer Entscheidung. Auch das macht Angst.

Die Folgen eines Fehlers können unermesslich sein. Wenn es falsch gewesen sein würde, Griechenland fallenzulassen, dann kippt bald Spanien, dann kippt Italien und so weiter und so fort. Dann drohen Bankenpleiten, Chaos und Rezession, und Europa würde in der Welt nicht mehr ernst genommen. Verantwortlich dafür wären die Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestags.

Wenn es falsch gewesen sein würde, Griechenland weiter mit durchzuziehen, dann machen vielleicht bald die Finnen oder die Niederländer nicht mehr mit, dann muss Deutschland noch mehr zahlen, und die Inflation steigt. Vielleicht findet sich ein Rechtspopulist, der deutschen Zorn gegen die Griechen in Stimmen umwandelt. Verantwortlich dafür wären Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestags.

Und wenn sie demnächst das tun, was beispielsweise Ursula von der Leyen fordert, und die Vereinigten Staaten von Europa bauen, dann würde der recht annehmbare Staat Bundesrepublik Deutschland verschwinden. Er würde durch einen Staat ersetzt, von dem niemand weiß, ob er ähnlich annehmbar sein kann. Aber dann gibt es nur schwerlich ein Zurück, eine Sezession.

Es muss so schlimm nicht kommen. Aber es kann. Und das ist in den Köpfen der 620 Parlamentarier, und zu denen gehört auch die Abgeordnete aus dem Wahlkreis 15, Angela Merkel, Diplomphysikerin und Bundeskanzlerin. Sie ist genauso ratlos und ängstlich wie die anderen.

Muss das den Bundesbürgern Angst machen? Es wäre beruhigend, eine Bundeskanzlerin und ein Parlament zu haben, die Durchblick vorgeben, die eine Lösung kennen und diese einig und entschlossen durchsetzen. Aber es kann sie nicht geben, auch wenn die Politiker das eine oder andere besser machen könnten.

Wenn jetzt jemand entschlossen führt, kann er mit hoher Wahrscheinlichkeit in die falsche Richtung führen, denn er führt ohne Gewissheiten. Worauf Deutschland vertrauen muss, das ist etwas, was gerade bei schwachen, also ängstlichen Wesen vorkommt: Schwarmintelligenz.

Demokratien sind umständlich, sind langsam, aber sie sind auch ein großer Erfolg. Die Debatten der Vielen haben oft gute Ergebnisse hervorgebracht. Man kann nur hoffen, dass die Abgeordneten in diesen Debatten einen Sinn für das entwickeln, was sich einmal als das Richtige herausstellen kann.

Dies ist nur ein kleiner Trost, stimmt, aber mehr gibt es in dieser Lage nicht.

DIRK KURBUJEWITZ